Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.50 Mark; bei der Geschäftsstelle abgeholt: monatlich 3.40 Mark; bei der Post bestellt vierteljährlich 16.— Mark; monatlich 5.— Mark. Erscheint werktäglich.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 1. Mark, auswärtige Anzeigen 1.50 Mark, Reklamepetitzeile 3.50 Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm.

Fernsprech-Anschluß Nr. 53. Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. / Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Aue. / Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998.

Nr. 236 — Sonnabend, den 8. Oktober 1921 — 16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Die Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und den Vertretern der Industrie über die Frage der finanziellen Regelung der Bestimmungen des Wirtschaftsabkommens sollen am nächsten Donnerstag beginnen.

•

Der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund wandte sich an den Generalsekretär des Völkerbundes Drummond mit der Bitte, vor der Entscheidung über die Grenzen Oberschlesiens durch berufene Sachverständige die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu untersuchen.

•

Der Fall der österreichischen Krone und die ungeheuerliche Teuerung, die dieser Entwertung gefolgt ist, hat in den österreichischen Ländern zu verzweifelten Stimmungen geführt.

•

Die englische Regierung hat 15 Millionen Pfund, d. h. 300 Millionen Goldmark zur Unterstützung der Arbeitslosen ausgesetzt.

Marksturz, Wiederaufbau und Landwirtschaft.

W. B. Der neueste Sturz der Mark, der so überraschend gekommen ist und über dessen Ursachen die verschiedensten Ansichten geäußert werden, hat zu einer Entwertung des deutschen Geldes geführt, die auch über den Tiefstand im Januar/Februar 1920 noch hinausgeht. Den weitesten Schichten des Volkes ist dadurch aufs Deutlichste wieder ins Bewußtsein gerufen, wie unsicher unsere wirtschaftliche Lage ist, und wie das deutsche Wirtschaftsleben noch immer jeglicher Stabilität entbehrt. Es drohen ihm, wenn die Markentwertung sich als dauernd erweist, Erschütterungen, welche die bisherigen noch übertreffen und die eine Gesundung fast aussichtslos erscheinen lassen. Die Ursachen dazu liegen auf der Hand. Ganz abgesehen davon, daß die Entschädigungen an die Entente in Goldmark zu bezahlen sind, — also die deutsche Volkswirtschaft umso schwerer belasten, je größer der Unterschied zwischen Goldmark und Papiermark ist, — ist das deutsche Wirtschaftsleben nun einmal in solchem Grade durch unzählige Fäden mit der Weltwirtschaft verbunden, daß jede Entwertung des deutschen Geldes gegenüber dem Gelde des Auslandes auch ein Sinken der Kaufkraft der Mark im Inlande zur Folge hat. Als besonders wesentlich kommt dabei in Betracht, daß die deutsche Handelsbilanz passiv ist, daß also der Wert der Gesamteinfuhr größer ist als der Wert der Gesamtausfuhr. Dieser Zustand hat übrigens auch schon vor dem Kriege bestanden, was weiteste Kreise unseres Volkes nicht wissen. Wenn trotz der Mehreinfuhr in der Friedenszeit das deutsche Volksvermögen von Jahr zu Jahr wuchs, so beruht das darauf, daß die Ausgaben für die Mehreinfuhr durch andere aus dem Ausland stammende Einnahmen wett gemacht wurden, wie z. B. durch Zinseinnahmen von Kapitalien, die an das Ausland verliehen waren, oder durch die Einkünfte aus deutschen Erwerbsgeschäften im Auslande, wie Bank- und Versicherungsgeschäfte, Handelsgeschäfte Schiffahrt für fremde Nationen usw. Alle diese Faktoren einschließlich der Handelsbilanz werden in der Zahlungsbilanz zusammengefaßt und diese ist eben vor dem Kriege für Deutschland günstig, nämlich aktiv gewesen.

Das Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik ist nun, wieder zu einer aktiven Zahlungsbilanz zu gelangen. Diese ist aber weit schwerer als in der Vorkriegszeit zu erreichen, weil gerade alle diejenigen — oben erwähnten — Faktoren, die sie im Frieden günstig gestaltet haben, infolge des Friedensvertrages von Versailles entweder ganz in Fortfall gekommen sind oder doch zum mindesten eine sehr starke Verringerung erfahren haben. Dieser Verlust kann in Kürze auch nicht wieder ausgeglichen werden! Es muß deshalb alles daran gesetzt werden, die Passivität der Handelsbilanz zu beseitigen, um auf diesem Wege die Zahlungsbilanz günstig zu gestalten; es muß also erstrebt werden, daß der Wert der Gesamteinfuhr den der Gesamtausfuhr nicht übersteigt, ja nach Möglichkeit sogar noch hinter letzterem zurückbleibt. Das läßt sich theoretisch nun zwar lediglich durch eine Erhöhung der Ausfuhr industrieller Produkte aus Deutschland erzielen; praktisch stehen aber der Erreichung des Zieles allein auf diesem Wege sehr große Hindernisse entgegen, die in der schwierigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands und in dem Verlust seiner auswärtigen Niederlassungen usw. ihre Erklärung finden. Es muß daher vor allem auch die Einfuhr verringert werden. Nun können zwar sehr viele bisher aus dem Auslande eingeführte Produkte nicht entbehrt werden; insbesondere die Industrie benötigt die aus dem Auslande stammenden Rohstoffe dringend. Doch gibt es unter den bisher eingeführten Waren auch eine große Menge, deren Bezug aus dem Ausland beträchtlich verkleinert werden kann: die landwirtschaftlichen Produkte. Im Jahre 1913 beispielsweise betrug der Wert der gesamten Mehreinfuhr 700 Millionen Goldmark, die Mehreinfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln 1700 Millionen Goldmark. Wäre also letztere um 700 Millionen verringert, so wäre die Handelsbilanz ausgeglichen. Die Erreichung einer für Deutschland günstigen Zahlungsbilanz hängt also wesentlich davon ab, ob es gelingt, die einheimische landwirtschaftliche Produktion so sehr zu steigern, daß sie auch einen entsprechenden Teil der bisher aus dem Auslande eingeführten landwirtschaftlichen Produkte ersetzen kann. Das ist technisch ohne weiteres möglich, denn auch eine noch weit größere Bevölkerung als die zur Zeit vorhandene könnte restlos von dem heimischen Boden ernährt werden. Es kommt einzig und allein darauf an, durch eine sachgemäße innere Wirtschaftspolitik, insbesondere durch eine den Eigenarten der Landwirtschaft angepaßte Steuerpolitik die landwirtschaftliche Intensivierung auch zu ermöglichen. Eine gesunde Landwirtschaft ist also eine der Vorbedingungen für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, denn sie hemmt die wachsende Verschuldung Deutschlands an das Ausland und trägt damit zur Erstarkung der deutschen Valuta bei.

Oberschlesien — eine europäische Lebensfrage.

Eine Unterredung mit dem Kanzler.

Der Reichskanzler empfing den Korrespondenten der Basler Nationalzeitung und gewährte ihm eine Unterredung: Frage: Wie steht es mit Oberschlesien? Kanzler: Ueber den Stand der oberschlesischen Angelegenheiten kann ich Ihnen bestimmte Angaben nicht machen. Wir wissen weder, ob die Meldungen zutreffend sind, daß der Spruch des Völkerbundes in den nächsten Tagen bekanntgegeben wird, noch wissen wir, welchen Vorschlag sich der Völkerbund zu eigen macht. Ich kann mich weder pessimistisch noch optimistisch äußern. Für uns gibt es nur eines, unser fester, unbeirrbarer Glaube an unser Recht. Frage: Wie denken Sie, Herr Reichskanzler, über die Zukunft des Landes, wenn das Gebiet bei Deutschland bleiben sollte? Kanzler: Zu der staatsrechtlichen Seite Ihrer Frage hat der Minister Gradnauer bereits im Einvernehmen mit der preußischen Regierung erklärt, daß das Gesetz über Oberschlesien vom 27. November 1920, das sogenannte Autonomiegesetz, unter allen Umständen durchgeführt wird, so daß in jedem Falle die oberschlesische Bevölkerung selbst durch Abstimmung über die Bildung eines Landes Oberschlesien entscheiden wird. Niemand wird im Gebrauch seiner Muttersprache, sei sie deutsch oder polnisch, irgendwie behindert werden. Selbstverständlich ist auch die völlige Freiheit der Religionsübung. Frage: Was halten Sie, Herr Reichskanzler, von der Versöhnungsbewegung in Oberschlesien? Kanzler: Ich glaube fest daran, daß eine Politik der Versöhnung die allerbeste Lösung der oberschlesischen Frage, wie sie sich jetzt darstellt, sein wird. Die deutschen Kreise in Oberschlesien sind ehrliche Anhänger des Versöhnungsgedankens. Die oberschlesische Bevölkerung darf überzeugt sein, daß niemandem aus seiner Haltung vor, während und nach der Abstimmung irgendwie Schaden oder Nachteil erwachsen wird. Wir müssen aber auch von den Oberschlesiern, die am 20. März ihre Stimme für Polen abgegeben haben, erwarten, daß sie, wenn die Entscheidung über Oberschlesien gefallen ist, ehrlich und loyal am Wiederaufbau Oberschlesiens mitarbeiten. Inzwischen blicken aller Augen in Deutschland nach Genf. Eine Entscheidung, die unserem guten Recht nicht entspricht, würde nicht nur jede Möglichkeit eines Wiederaufstieges für das unglückliche Oberschlesien vernichten, sie würde auch das demokratische und friedliche Deutschland ins Herz treffen. Gebe Gott, daß sich diese deutsche und auch europäische Lebensfrage zum Guten wende.

Einigung auf der Sforza-Linie?

Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt zu der Haltung Großbritanniens gegenüber dem oberschlesischen Problem: Nachdem die britischen Staatsmänner die oberschlesische Frage dem Völkerbundsrat unterbreitet und sich bereit erklärt hätten, sich an seine Ratschläge zu halten, hätten sie sich strengstens jeder Anfrage an den Rat enthalten.

Der britischen Regierung lägen keinerlei genaue Informationen über die Beschlüsse des Völkerbundsrates vor. Es sei ihr nur bekannt, daß der Rat eine Grenzlinie in Erwägung ziehe, die sich der Sforza-Linie nähere, und daß er sich mit der Frage der Verhütung wirtschaftlicher Schäden beschäftige, die mit einer Teilung des Industrie-Dreiecks verbunden wären. Nach der Bekanntgabe der Entscheidung des Völkerbundsrates würde sich die Erörterung dieser Entscheidung nur auf ihre praktische Durchführung beschränken.

Diese Darstellung erinnert an vollständig gleiche Meldungen, die schon vor etwa vier Tagen in den Pariser Zeitungen aus englischen Quellen veröffentlicht wurden. Man kann also ruhig vom Aufwärmen alter Nachrichten sprechen, wenn nicht hinter den vagen Gerüchten eine für Deutschland traurige und in ihrer Wirkung katastrophale Tatsache steckt. Eine solche Entscheidung würde, wie die vorstehenden Kanzlerworte treffend bemerken, für Oberschlesien jede Aussicht eines Wiederaufstiegs vernichten.

Militärische Vorbereitungen für Oberschlesien.

Der Petit Parisien meldet aus London: Reuter erfährt aus wohlunterrichteter Quelle, daß Vertreter der britischen, der italienischen und der französischen Regierung am Sonnabend in Paris zusammentreffen werden, um Vorbereitungen für Maßnahmen zu treffen, die von den Truppen der drei Mächte in Oberschlesien ergriffen werden sollen, wenn die Entscheidung des Obersten Rates über die oberschlesische Frage bekanntgegeben ist. Verhandlungen hierüber sind zwischen Rom, Paris und London die letzten Wochen hindurch geführt worden, und die Zusammenkunft am Sonnabend hat den Zweck, um die zwischen den drei Regierungen getroffenen Abmachungen die letzte Hand zu legen und gleichlautende Instruktionen für die Truppen auszuarbeiten. Es ist noch nicht bestimmt, wer der Vertreter des britischen Reiches sein werde.

Panik in Wien.

Nv. In der Hauptstadt Tirol, in Innsbruck, haben dieser Tage sich aufregende Vorgänge abgespielt, die man wohl am besten mit Valutarevolten bezeichnen darf. Es machte sich innerhalb der breiten Massen der Bevölkerung eine leidenschaftliche Empörung über die unmittelbaren Wirkungen des dauernden Niederganges der Kronenwährung geltend, und diese Empörung gewann in dem Sinne Gestalt, daß Lebensmittel und Waren aller Art zu den aberwitzigsten Preisen aufgekauft wurden. Man hat die verschiedensten Ursachen für diese Geschehnisse angeführt und erlebt jetzt, daß die zu Grunde liegende Bewegung auch auf Wien selbst übergreift. Auch dorthin kommt die Landbevölkerung in hellen Scharen, und alle Schichten und Erwerbskreise sind geradezu von einer Panik ergriffen. Tausende und Abertausende haben nur den einen Wunsch, sich von ihrem Besitz an österreichischer Kronenwährung zu befreien und kaufen Stiefel, Kleidungsstücke, und selbst Möbel zu jedem beliebigen Preise. Selbstverständlich, daß die sowieso schon herrschende ungeheure Teuerung aller Bedarfs- und Luxuswaren sprunghaft zu geradezu aberwitziger Höhe anschwillt. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß diese Panik unter Umständen die allergefährlichsten Folgen nach sich ziehen kann, ja daß sie eine verhängnisvolle Aehnlichkeit mit dem Anfang zum katastrophalen Ende besitzt. Man muß sich nämlich noch vor Augen halten, daß man die Vorgänge in Innsbruck mit den Gerüchten in Zusammenhang brachte, daß die dortigen Karlisten in Gemeinschaft mit den in Westungarn stehenden karlistischen Insurgenten zu einem entscheidenden Schlage bereit stünden. Was jetzt Wien anlangt, so dürfte eine der Ursachen für die gegenwärtige Zusammenbruchsstimmung die Befürchtung sein, daß die in den letzten Tagen bemerkbar werdende größere Tätigkeit der ungarischen Banden auf nichts geringeres als auf einen entscheidenden Vorstoß gegen ganz Deutsch-Oesterreich hinwiesen. Alles in allem aber versteht man, daß durch die österreichischen Lande ein unterirdisches Grollen hallt, aus dem nicht nur geschworene Schwarzseher auf einen alles vernichtenden Ausbruch schließen könnten. Man muß hoffen, daß trotz allem die künftige Entwicklung in Deutsch-Oesterreich nicht zum Aeußersten, sondern allmählich wieder zu einer ruhigeren Auffassung der Lage des Landes führen möge. Man hat von Deutschland gesagt, daß ein Sechzigmillionenvolk nicht untergehen könne dasselbe gilt von einem Staat mit sechs Millionen Einwohnern. Wohl aber wird man jetzt in Deutsch-Oesterreich anklagend sagen: bis hierher hat uns nicht Gott, aber St. Germain gebracht! Und damit wird die große Schuld der Entente offenbar, die die Brü-